Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 25 (1931)
Heft: 5

Rubrik: Rundschau : Monatsschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Hölle („der Hölle lauteſtes, ſchrecklichſtes Hohngelächter iſt der Krieg", ſagt ja Klopſtock) und kann nur Hölle wirken.

Darum iſt doch richtig, ihm mit dem „Nie wieder Krieg!" zu begegnen, ihm das *Abſolute* entgegen zu ſtellen und dieſem zuzutrauen, daß es auch ſtärker ſei, als aller Mißbrauch, als „groß Macht und viel Liſt". Wir ſollen die Folgen bedenken, ſoweit wir können, aber unſer Können reicht nicht weit. Der Blick des Abſoluten jedoch reicht bis ans Ende. Alles kommt darauf an, daß wir uns wirklich mit *ihm* verbinden, nicht bloß mit unſeren ſchwärmeriſchen Gedanken und phantaſtiſchen Einbildungen. Dann aber nimmt es die Folgen auf ſich. Und wir dürfen uns auf es *verlaſſen*. Der Krieg iſt heute der Moloch, der die Welt verſchlingen will, dieſem Moloch iſt nur eine vollkommene Abſage gewachſen, eine Abſage im Namen des lebendigen Gottes. Er weiß, wie man Götzen ſtürzt, auch wenn ſie noch ſo raffiniert ſind. Jedenfalls ſoll man vor dieſen nicht *Angſt* haben.

Doch kommen wir damit wieder darauf hinaus, daß zuletzt Glaube gegen Glaube ſteht, Wagnis des Glaubens gegen Wagnis des Glaubens. Ich möchte aber doch noch einmal feſtſtellen, daß das Objekt des Streites zwiſchen Förſter und uns nun doch viel kleiner geworden iſt. Es handelt ſich *praktiſch* nur noch um das Problem der deutſchen Gefahr, alſo „grotesker Weiſe" (um einen Förſterſchen Ausdruck zu brauchen), um eine Sache, worin wir beſonders ſtark *einig* ſind! Jedenfalls muß all den Nutznießern der Förſterſchen Haltung geſagt werden, daß es ſich *darum* handelt. Will die „Zürcher Poſt", dieſes willige ſchweizeriſche Sprachrohr des deutſchen Militarismus und Nationalismus, und andere, verwandte Blätter, wirklich mit Förſter gehen? Wenn nicht — wie ſich von ſelbſt verſteht — dann iſt es eine Lüge, wenn ſie ihren Leſern dieſe Sachlage verſchweigen.

Und noch eins muß ihnen allen geſagt werden, alldeutſchen und andern, weltlichen und frommen: Förſter ſchreibt wörtlich: „Ich bin und bleibe Antimilitariſt," und ein andermal: „Antimilitarismus, ja, unbedingt" — nur mit jener Einſchränkung in Bezug auf das deutſche Problem. Wieder frage ich: Werden jene Nutznießer die Ehrlichkeit haben, auch dies ihren Leſern mitzuteilen? Wir werden aufpaſſen!

Leonhard Ragaz.

Rundſchau

Monatsſchau.

Es iſt, als ob die Geſchichte ſich manchmal wie eine weiſe Lehrerin anſtelle, die der menſchlichen Kinderfamilie jeweilen ein beſonderes Thema aufgibt, an das ſie ſich machen ſoll, ſtatt ſie gleichzeitig mit einer Anzahl von ſolchen in

Anſpruch zu nehmen. So ſteht jetzt, mit gutem Grunde, für den abendländiſchen, ſpeziell den europäiſchen Völkerkreis, in Bezug auf

1. die Weltpolitik

im Mittelpunkt der Gedanken die ſogenannte *Zollunion.* Mit gutem Grunde, habe ich geſagt. Wenn es ſo viele Leute gibt, die erklären, nicht begreifen zu können, warum über eine einfache, doch von vornherein begrüßenswerte Zollabmachung ſo viel Aufregung entſtanden ſei, ſo beweiſt das, ſoweit es ehrlich iſt, bloß, daß es den Betreffenden völlig am Blick und Augenmaß für die Tragweite politiſcher Vorgänge fehlt. Denn der Zuſammenſchluß von Deutſchland und Oeſterreich iſt eine Sache von ganz außerordentlicher Bedeutung für die Zukunft Europas und für den Weltfrieden.

Denn daß es ſich um dieſen Zuſammenſchluß handelt, und zwar auch um den politiſchen, iſt trotz aller Ableugnungs- und Verſchleierungsverſuche ſo ſelbſtverſtändlich als möglich. Auch wenn er, was ganz unwahrſcheinlich iſt, nicht in der Abſicht der gegenwärtigen Akteure läge, ſo liegt er doch in der Logik der Dinge. Eine ſo enge wirtſchaftliche Verbindung zwiſchen zwei Ländern, die im übrigen ſo zu einander ſtehen, wie Deutſchland und Oeſterreich, führt mit Notwendigkeit auch zur politiſchen Vereinigung. Es iſt dabei zu bedenken, daß ja ſeit mehr als einem Jahrzehnt eine nieaufhörende Agitation im Dienſte jenes politiſchen Anſchluſſes vor ſich geht, daß er auf dem Programm nicht nur der öſterreichiſchen Alldeutſchen, ſondern auch der dortigen Sozialdemokratie ſteht und von einem Mann wie Löbe, dem ſozialdemokratiſchen Präſidenten des deutſchen Reichstages und vielen andern innerhalb und außerhalb ſeiner Partei mit apoſtoliſchem Eifer propagiert wird, daß er auch ſchon praktiſch auf verſchiedenen Linien durchgeführt iſt und nur noch der Beſiegelung durch ein fait accompli harrt. Es heißt der Naivität der Menſchen allzuviel zumuten, wenn man von ihnen verlangt, ſie ſollten hinter der Zollunion nicht auch den politiſchen Anſchluß ſehen. Nur völlig Urteilsloſe oder ſolche, die ſich gern betrügen laſſen, können den wahren Sachverhalt überſehen und verkennen, wo in dieſem Kampf das eigentliche Problem liegt.

Der Anſchluß aber in ſeinem politiſchen Sinne iſt auf dem Boden der heutigen politiſchen Verhältniſſe etwas Unmögliches. Er bedeutet einen völligen Rückfall in die imperialiſtiſche Machtpolitik mit allen ihren Konſequenzen. Wenn er gelänge, ſo wäre ſeine Frucht eine deutſche Hegemonie über Europa. Eine ſolche aber ließen ſich andere Völker, vor allem Frankreich und die Kleine Entente, auch Polen, nicht gefallen. Wir hätten die Scheidung Europas in zwei feindliche Lager und als Ende mit Sicherheit den neuen Krieg und den gemeinſamen Untergang in einer Kataſtrophe. Denn gelingen in einem endgültigen Sinne kann dieſer Plan nicht. Die Zeit für *dieſe* Politik iſt vorbei. Dieſer Weg iſt geſchichtlich verſperrt — wer ihn doch gehen will, endigt im Abgrund.

Selbſtverſtändlich iſt eine franzöſiſche Hegemonie ebenſowenig zu wünſchen als eine deutſche. Aber ich glaube, ihr ſeien die nötigen Schranken auch geſetzt. Mein Föderalismus kennt *keine* Hegemonie. Aber ich kann auch nichts Gutes darin finden, wenn Deutſchland nachträglich den Weltkrieg gewönne. Denn das würde in ihm nur den nationaliſtiſchen Geiſt und den Kriegsglauben ſtärken, was ſein Verderben würde.

Es iſt überhaupt von ferne nicht etwas „deutſchfeindliches" in dieſer Auffaſſung. Sie iſt nach meinem Verſtändnis für einen Sozialiſten und Pazifiſten — um dieſe Schlagwörter zu brauchen — die einzig mögliche. Ein ſolcher kann, wenn er nicht im Grunde *andern* Zielen dient — vielleicht ohne ſich deſſen ſelbſt bewußt zu ſein — nicht für eine Politik ſein, wie ſie dem Anſchluß zugrunde liegt, eine Politik des Nationalismus und Imperialismus, eine Politik der Großmachtgebilde und der nationaliſtiſchen Zertrennung Europas. Er muß für ein föderiertes Europa ſein. In einem ſolchen käme aber Deutſchland wahrhaftig nicht zu kurz, im Gegenteil: erſt in einem ſolchen käme es zu einer neuen Atemfreiheit, Blüte und Geltung. Das Nationalitätenprinzip, nach welchem Völker,

die die gleiche Sprache ſprechen, auch im gleichen Staate verbunden ſein müßten, gereicht Deutſchland keineswegs bloß zum Vorteil. In ſeinem Namen hat man das polniſche Oberſchleſien von ihm losgeriſſen; ich darf daran erinnern, daß ich ſeinerzeit dagegen heftig proteſtiert habe.[1]) In ſeinem Namen darf man den Korridor feſthalten, der einſt von einer in der Mehrheit polniſchen Bevölkerung bewohnt war und es jetzt wieder iſt. In einem föderierten Europa würden nicht nur die wirtſchaftlichen, ſondern mit der dazu notwendig gehörenden vollkommenen religiöſen, kulturellen und nationalen Autonomie auch die politiſchen Grenzen im heutigen Sinne fallen. Dann wäre auch der Anſchluß verwirklicht, aber auf einem neuen Boden. Dieſer Anſchluß erweiterte ſich aber, immer in dieſem *neuen* Sinne verſtanden, und führte ſowohl zu einem „Mitteleuropa" als auch zu einem „Dritten Reich", die ganz anders wären, als das Mitteleuropa Naumanns und das „Dritte Reich" Hitlers (man verzeihe dieſe Zuſammenſtellung!), aber ſehr viel ſchöner als dieſe, und die noch dazu den Vorzug hätten, *möglich* zu ſein, keine utopiſchen Träume zu ſein, ſondern geſchichtliche Notwendigkeiten.

Man muß ſich alſo aus pazifiſtiſchen und ſozialiſtiſchen, aus europäiſchen und nationaldeutſchen Gründen dem Anſchluß in dieſer veralteten, ſchlechten, kurzſichtigen Form widerſetzen. Wenn man dagegen das Selbſtbeſtimmungsrecht der Völker anführt, ſo iſt das eine Redensart ohne Sinn. Denn dieſes Recht der Selbſtbeſtimmung hatte doch ganz offenkundig den Zweck, Völkern, die ihre nationale *Unabhängigkeit* erſtrebten, dieſe zu ermöglichen und wird lächerlich, wenn man es dazu verwenden will, den *Verluſt* derſelben zu rechtfertigen. Aber es iſt überhaupt eine Formel von problematiſchem Wert. Sie hängt enge mit jenem Götzendienſt des „Nationalen" und der „Souveränität" zuſammen, den zu überwinden jetzt unſere Aufgabe iſt. Jedenfalls iſt es keine *ſozialiſtiſche* Formel. Der Sozialismus kann auch im Völkerleben nicht die *Willkür* begünſtigen, ſondern muß neue *Bindungen* fordern, und muß das gerade um einer neuen *Freiheit* willen tun. Das Selbſtbeſtimmungsrecht aber, wie es heute vielfach verſtanden wird, iſt Mancheſtertum in der Politik, iſt laissez faire, laissez aller. Wenn gerade ein gewiſſer Sozialismus am falſchen Orte mit dieſer Formel hantiert, ſo beweiſt er damit nur aufs neue ſeinen Abfall von Kern und Weſen alles Sozialismus. Freilich wirkt dabei ein Element mit, das beſonders dem Marxismus eingeſtiftet ſcheint: die Vorliebe für den Zentralismus und für imperialiſtiſche Gebilde, die ſozialiſtiſch umgedeutet werden, aber dieſes Element iſt eben ein Tropfen falſchen Blutes im Körper des Sozialismus.

Mit alledem will ich natürlich nicht ſagen, daß man die Zollunion oder den politiſchen Anſchluß mit Gewalt verhindern ſoll. Die Rechtslage zwar ſcheint mir eindeutig zu ſein.[2]) Aber es wäre falſch, wenn man ein ſolches Problem

---

[1]) Ich möchte in dieſem Zuſammenhang auch daran erinnern, daß ich auch die Wegnahme der deutſchen *Kolonien* für ein großes Unrecht, einen Raub und Gewaltakt ſchlimmſter Art halte und immer gehalten habe. Ob nicht ein *Glück* für Deutſchland iſt, ſie verloren zu haben, iſt eine andere Frage. Aber man müßte es jedenfalls ihm überlaſſen, ſich zur Kolonialfrage ſo zu ſtellen, wie es ihm richtig ſchiene.

[2]) Im Artikel 80 des Verſailler Vertrages heißt es:

„Deutſchland erkennt die Unabhängigkeit Oeſterreichs innerhalb der durch Vertrag zwiſchen dieſem Staate und den alliierten und aſſoziierten Hauptmächten feſtzuſetzenden Grenzen an und verpflichtet ſich, ſie unbedingt zu achten; es erkennt an, daß dieſe Unabhängigkeit unabänderlich iſt, es ſei denn, daß der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zuſtimmt."

Im Artikel 88 des von Oeſterreich unterzeichneten Vertrages von St. Germain heißt es:

„Die Unabhängigkeit Oeſterreichs iſt unabänderlich, es ſei denn, daß der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zuſtimmt. Daher übernimmt Oeſterreich die Verpflichtung, ſich, außer mit Zuſtimmung des gedachten Rates, jeder

rein juriſtiſch oder gar durch die Mittel der Gewaltpolitik löſen wollte. Vielmehr kann es dafür nur *einen* Weg geben, eben den angedeuteten: den in die europäiſche Föderation hinein.

Man behauptet nun etwa, das ſei auch die Meinung von Curtius und Schober, und man betont, daß es die *Not* geweſen ſei, die ſie zu ihrem Schritt getrieben habe, vor allem die verzweifelte ökonomiſche Not. Sie hätten einfach nicht mehr länger abwarten und zuſehen, ſondern einmal einen wirklichen Schritt tun wollen. Ich bezweifle ſehr, daß wirklich dieſes Motiv entſcheidend war. Es handelte ſich wohl mehr um die Gewinnung von nationalem, ja nationaliſtiſchem Preſtige und was auf *dieſer* Linie liegt. Vielleicht ſtehen auch Pläne im Hintergrund, die merkwürdigerweiſe niemand zu ahnen ſcheint, die aber ſehr vielen Deutſchen nicht gerade Freude machten, wenn ſie dieſelben erführen. Man wird das mit der Zeit ja ſehen.

Aber wie dem auch ſei, ſo ſteht Eines feſt: Der *wirklichen* deutſchen und öſterreichiſchen Not muß Hilfe begegnen: ökonomiſche, politiſche und andere. Dieſe Hilfe liegt, nochmals ſei's geſagt, in einer neuen Geſtaltung der europäiſchen Völkergemeinſchaft, die dieſes Wort, das heute ein Hohn iſt, zu einer wirklichen und erfreulichen Tatſache macht. Dazu ſei nur noch ein zweites bemerkt. Deutſchland ſelbſt, es vor allem, muß dazu einen notwendigen Beitrag leiſten: eine völlige Veränderung in der politiſchen und geiſtigen Haltung ſeiner führenden Kreiſe. Darüber vielleicht ein andermal mehr!

Wir dürfen doch den Glauben feſthalten, daß, mit oder ohne den Willen ihrer Urheber, die öſterreichiſch-deutſche Aktion jenem Größeren und Beſſeren zutreibe, das wir hoffen müſſen. Zwar iſt die Erregung beſonders in Frankreich und der Tſchechoſlowakei groß, und ſie hat beſonders in den Reden von Beneſch und Doumergue, aber auch in der erſten von Briand, Ausdruck gefunden und ſich bis zur Forderung einer Wiederbeſetzung von Mainz geſteigert. Das Briandſche Gegenprojekt iſt ebenfalls eine Frucht dieſer erſten Erregung. Auf der deutſchen Seite erfolgte dann eine neue Anmeldung der Reviſion, zunächſt des Youngplanes, aber mit dem Hintergrund weiterer Forderungen. Es ſcheint ſich hier deutlich jene ſogenannte außenpolitiſche nationale Aktion abzuzeichnen, welche die Regierung Brüning als Ergänzung ihrer innerpolitiſchen ja ſchon lange in Ausſicht geſtellt hat. Sie ſteht natürlich mit der Geſamtbewegung des Reviſionismus im engſten Zuſammenhang und verliert ſich auf der einen Seite in den italieniſchen, auf der andern in den ruſſiſchen Hintergrund.

Das ſind keine hellen Ausſichten. Inzwiſchen aber iſt die franzöſiſche Kammerdebatte erfolgt. Den glänzenden Sieg Briands bin ich nicht geneigt, als etwas

---

Handlung zu enthalten, die mittelbar oder unmittelbar auf irgendwelchem Wege, namentlich im Wege der Teilnahme an den Angelegenheiten einer anderen Macht, dieſe Unabhängigkeit gefährden könnte."

Oeſterreich hat dann im Jahre 1922, als es eine internationale Anleihe erhielt, ſich wie folgt verpflichtet:

„Die Regierung der Republik Oeſterreich verpflichtet ſich, gemäß dem Wortlaute des Artikels 88 des Vertrages von St. Germain, ihre Unabhängigkeit nicht aufzugeben; ſie wird ſich jeder Verhandlung und jeder wirtſchaftlichen oder finanziellen Bindung enthalten, welche geeignet wäre, dieſe Unabhängigkeit direkt oder indirekt zu beeinträchtigen. Dieſe Verpflichtung läßt Oeſterreich unter Wahrung der Beſtimmungen des Vertrages von St. Germain ſeine Freiheit in Bezug auf Zolltarife, Handels- und Finanzabkommen und im allgemeinen hinſichtlich aller, ſein Wirtſchaftsſyſtem und ſeine Handelsbeziehungen betreffenden Angelegenheiten. Vorausgeſetzt iſt jedoch, daß Oeſterreich ſeine wirtſchaftliche Unabhängigkeit nicht dadurch antaſtet, daß es irgendeinem Staate ein Sonderſyſtem oder ausſchließliche Vorteile zugeſteht, die geeignet wären, dieſe Unabhängigkeit zu gefährden."

zu nehmen, worauf man Häuſer bauen dürfte.[1]) Man ſtellt oft jemandem, den man gern los ſein möchte, ein glänzendes Zeugnis aus. Vielleicht ſoll er ins Elyſée (Elyſium) hineinbugſiert werden, damit ein Energiſcherer ans Steuer der Außenpolitik komme. Aber ein erfreuliches Symptom ſcheint dieſe Debatte doch zu ſein. Sie war doch von einem Geiſt beſeelt, den man einen *neuen* nennen könnte. Und bevor dieſe Monatsſchau gedruckt iſt, beginnt das große Ringen in Genf. Diesmal könnte es Ernſt werden. Alle guten Geiſter müſſen helfen, daß dort alles auf den *rechten* Weg komme.

Im engſten Zuſammenhang mit dem Kampf um die Zollunion ſteht wohl der um die ſogenannte *Flottenverſtändigung*. Denn es iſt Zehn gegen Eins zu wetten, daß Muſſolini darauf ſpekuliert, ſich ſeine Stellung zur Zollunion irgendwie *abkaufen* zu laſſen. Welch ein verächtlicher Kerl! Aber möge man darüber im „reviſioniſtiſchen" Lager nicht allzuſehr entzückt ſein; denn daß Muſſolini in jedem Fall als Bundesgenoſſe die *Unzuverläſſigkeit*, ja Treuloſigkeit ſelbſt iſt, muß jedes Kind ſehen. Die Rechnung wird ihm dafür ſchon geſtellt werden.

Auch was im fernen und nahen aſiatiſchen *Oſten* vor ſich geht, gehört für uns in dieſen Zuſammenhang. Denn immer wieder müſſen wir es uns klar machen: *Der Oſten erhebt ſich, und wenn Europa fortfährt, ſich ſelbſt zu zerfleiſchen, wird es ſehr bald auch in dieſer Beziehung verloren ſein.* Wir müſſen für unſere europäiſchen Fragen *Perſpektive* bekommen!

In *China* ſind die inneren Wirren freilich noch nicht zu Ende. Gegen Tſchiang-Kai-Scheck erhebt ſich nicht bloß der mehr revolutionäre Süden, ſondern auch eine gemäßigtere, aber gegenreaktionäre Bewegung im Norden und anderwärts, noch abgeſehen von der immer wieder aufflammenden kommuniſtiſchen. Das hindert China nicht, die ſogenannte Exterritorialität, d. h. das Recht der Fremden auf eigene Gerichtsbarkeit zu kündigen. Es iſt ganz klar, daß ſich hier eine rieſige Macht erhebt, die eines Tages ihr volles Gewicht zur Geltung bringen wird. Der jetzt ſich noch mühſam aufrichtende Rieſe wird eines Tages *ſtehen*.

Dies gilt natürlich auch von *Indien*. Dort ſcheint im übrigen das Problem jetzt ſo zu ſtehen, daß auf der einen Seite das Verhältnis zwiſchen den Muhammedanern und den Hindus große Schwierigkeiten für den Aufbau des neuen Indien bereitet und auf der anderen die ſozial-revolutionäre Bewegung, die unter der Führung von Subhas Boſe und Jawarharlal Nehru ſteht, ſich immer ſtärker regt. Viel Werg an Gandhis Spinnrocken. Und keine leichte Aufgabe für den neuen Vizekönig Wimbledon, der an die Stelle des abtretenden Irwin tritt. An dieſem hat ſich, wie an Gandhi gezeigt, was möglich wäre, wenn man einmal in der Politik ernſtlich mit *Gott* rechnete!

Auch am Erwachen *Vorderaſiens* (und Aegyptens) beſonders dem Zuſammenſchluß des Arabertums, iſt nicht zu zweifeln. Wer es doch tun wollte, der leſe das neue Buch von unſerem Freund und Mitarbeiter *Dr. Hans Kohn: „Nationalismus und Imperialismus im Vorderen Orient,"* das eine Ergänzung zu ſeiner „Geſchichte der nationalen Bewegung im Orient" bildet.[2]) Europa, du biſt genügend gewarnt.

2. *Nationalismus, Faſchismus und Gegenſpieler.*

Neben der Zollunion iſt in der Berichtszeit die *ſpaniſche Revolution* im Vordergrund des Intereſſes geſtanden. Man hat ſich vielleicht ein wenig darüber gewundert, daß ich im letzten Bericht nicht noch kräftiger meine Freude über dieſes Ereignis ausgeſprochen habe. Das war nun zum Teil mehr zufälliger Art: es reichte dazu Zeit, Raum und Kraft nicht mehr recht; aber es hatte zum Teil noch einen tieferen Grund: man wird gegen ſolche Ereigniſſe allmählig etwas vorſichtig. So ſehr man ſich über ſie freut oder freuen möchte, weiß man doch

[1]) Die Vorausſage hat ſich inzwiſchen mehr als erfüllt: Briand iſt *geſtürzt*, und zwar nicht einmal durch eine ſcheinbare Beförderung, ſondern durch Verſagung einer ſolchen. Ob er wiederkehrt, iſt die Frage.

[2]) Es iſt im Sozietäts-Verlag, Frankfurt am Main, erſchienen.

nie, was für eine Wendung ſie noch nehmen könnten. Und ſchon ſind ja die Trübungen da.[1]) Aber es iſt im übrigen ſicher eine herrliche Sache. Mich freut daran vieles noch ganz beſonders: ſo die föderaliſtiſche Geſtaltung, die ausgerechnet dieſes lateiniſche Volk ſich geben will, während das deutſche dem Zentralismus zuſtrebt, wobei man doch meinen ſollte, der Föderalismus ſei die dem *germaniſchen* Weſen am meiſten angemeſſene Lebensform; ſo die Einführung eines Wirtſchaftsrates neben dem politiſchen Parlament; ſo die Herabſetzung des Heeres von 167 000 auf 100 000 Mann; ſo der ſoziale, ja ſozialiſtiſche Zug (Miniſterpräſident Zamora: „Ich bin ein entſchloſſener Parteigänger der ſozialen Gerechtigkeit"); ſo die Aufteilung des Großgrundbeſitzes (die, wenn ſie *richtig* angefaßt wird, eben doch ein Segen werden kann); ſo die neue Freiheit des religiöſen und kirchlichen Lebens (die der katholiſchen Kirche nur gut tun wird); ſo die Einladung Trotzkis, ſich in Spanien ein Aſyl zu ſuchen (ein Akt der Hochherzigkeit) und die gleiche an die italieniſchen Antifaſchiſten; ſo vieles andere.[2])

Aber beſonders gut iſt ja ſicherlich, daß wieder eine Diktatur geſtürzt iſt. Darin liegt eine Weisſagung für andere. Die Freude aller Antifaſchiſten und die Trauer aller Faſchiſten iſt berechtigt.

Mit dem *Faſchismus* geht es ſtändig auf und ab. Ein Wahlſieg wie der in Schaumburg-Lippe iſt nicht ſehr weſentlich. Das *Volksbegehren* des Stahlhelms, das die Auflöſung des preußiſchen Landtages verlangt, hat nicht überwältigende Zahlen erreicht (5,9 Millionen Stimmen; bei der endgültigen Abſtimmung wären 14 Millionen nötig, wenn es ſiegen wollte). Vor allem iſt Hitlers politiſche Haltloſigkeit ein Element des Zerfalls. Neuerdings hat er den Verzicht auf Elſaß-Lothringen und die Kolonien erklärt (welch letzteren nicht einmal unſereins billigt!) und jene Phantaſien von einem deutſchen Vordringen „in den menſchenleeren Raum im Oſten" entwickelt, die ſchon in ſeinem „Kampf" einen ſo breiten Raum einnehmen. Dergleichen Kindereien eines Mannes, welcher der Retter Deutſchlands ſein ſoll, müßten, ſollte man meinen, doch bald zu einer Götzendämmerung führen. Auch Muſſolini geht es keineswegs gut. Das Techtelmechtel mit dem Bolſchewismus, das in Handelsabkommen Ausdruck findet, iſt zwar bedeutſam (die beiden Bewegungen ſind doch ſehr verwandt, das zeigt ſich immer klarer), wird ihm aber ſchwerlich viel helfen. Das Attentat des „Anarchiſten" Schirru ſcheint ihn ſehr eingeſchüchtert zu haben. Er wütet wieder beſonders gegen ſeine „intellektuellen" Gegner (Fall Moulin und ſo fort). Aber, ſo ſcheint es, mit gebrochener Kraft. Der Prozeß gegen die Intellektuellen iſt jedenfalls ſiſtiert worden. Im übrigen wird neben der zeitweilig geſpielten Rolle der Friedeſtiftung die Militariſierung des Landes fortgeführt. Nachdem, wie wir berichtet, die ganze männliche Bevölkerung dieſem Prozeß verfallen iſt und den „Tag des Herrn" dem Moloch hergeben muß, wird nun über die ganze Zivilbevölkerung überhaupt dieſes Teufelsnetz geworfen. Auch die Frauen und alle Minderjährigen, die über ſechzehn Jahre alt ſind, ſollen im Kriege zum „Zivildienſt" herangezogen werden, ebenſo ſämtliche nicht militärpflichtigen Männer bis zum ſiebzigſten Jahre. Die ganze Bevölkerung wird unter das Kriegsgeſetz geſtellt, iſt unter ſchwerſter Strafe zu ſchnellſtem und unbedingtem Gehorſam gegen die Zivilbehörden verpflichtet und hat im Kriegsfall an der „Landesverteidigung" unter Kriegsrecht teilzunehmen. (Die Lex Boncour macht Schule!)

Eine Kompenſation für die mannigfaltigen Mißerfolge des Faſchismus ſcheinen die Vorgänge in *Rumänien* zu ſein, wo er ans Ruder gekommen ſei. Warten wir ab.

Wie übrigens heute die verſchiedenen Tendenzen ineinandergreifen und die Nationalismen durch (oft nationaliſtiſch gefärbte) Internationalismen durchkreuzt

---

[1]) Die Zerſtörung der vielen Klöſter durch Volksmaſſen iſt ſelbſtverſtändlich tief zu bedauern, aber ſie muß doch wohl auch als Mahnung und Warnung beurteilt werden.

[2]) Die Einladung an Trotzki ſcheint vorläufig allerdings wieder zurückgezogen worden zu ſein.

und überboten werden, zeigt die von deutſchen Kommuniſten betriebene *Spionage* in den Fabriken des Chemietruſtes (!) zu Gunſten ihres „wahren Vaterlandes", Sowietrußland!

Dort geht neben der fieberhaften Anſtrengung für den Fünfjahrplan und dem ewig ſich erneuernden Kampf gegen die Oppoſition und dem mehr privaten gegen die Religion bedeutſamer Weiſe einer gegen die *Wiſſenſchaft* einher. Dieſe ſoll auch ganz und gar „planiert", d. h. in den Dienſt des Bolſchewismus geſtellt und allem freien Wahrheitsſuchen entzogen werden. „Energiſch Schluß machen mit der Neutralität in der Wiſſenſchaft! Parteiergreifung in der Wiſſenſchaft! Unterſtellung der wiſſenſchaftlichen Forſchung unter einen klaren bolſchewiſtiſchen Plan!" Darin liegt, wie im ganzen Bolſchewismus, eine Wahrheit, nur eine *verirrte* Wahrheit! Die Spitze dieſes Kampfes richtet ſich gegen die altberühmte „Akademie der Wiſſenſchaften" in Petersburg. Dort werden, wie an andern Stellen ſchon längſt, alle bedeutenden und ſelbſtändigen Geiſter durch Parteikreaturen und darum Mittelmäßigkeiten oder Charakterlumpen erſetzt. Etwas, das übrigens auch ſonſt Regel zu werden droht!

3. Die Friedensbewegung.

Neben jener internationaliſtiſchen und induſtriellen erſcheint die militäriſche und nationaliſtiſche *Spionage* wie ein Geſpenſt. Einer franzöſiſchen Affäre in Deutſchland (Königsberg) entſpricht eine deutſche in Frankreich (Straßburg!). Was für gemeine Dinge! Aehnlich muten die *belgiſchen Befeſtigungen* an, gegen welche ſich übrigens ein ziemlicher Widerſtand regt. Die *Giftgaſe,* welche in Harburg-Wilhelmsburg (16 Tote) und noch viel verderblicher in Rio de Janeiro (hier 100 Tote) ausgebrochen ſind, zeigen, was *jetzt* Trumpf iſt! Das haben unſere ſchweizeriſchen Militariſten gemerkt. Nachdem der große Volksbetrug mit dem Flugzeugkredit gelungen iſt, wollen ſie es mit einem womöglich noch größeren verſuchen: einem Kredit für den *Schutz der Zivilbevölkerung* gegen das Giftgas. Nur weiter ſo, ihr werdet eines Tages erfahren, wie viel euch all dieſer Schwindel nützt! Daß das *Rote Kreuz* ihn nun auch auf dem „nationalen" Boden mitzumachen ſcheint, ſteht in wundervoller Harmonie zu der Einweihung des Denkmals ſeines Gründers *Henri Dunant,* die letzthin auf dem Sihlfriedhof in Zürich ſtattfand und zu der Tatſache, daß dort Motta eine ſeiner bekannten Reden losließ, an die immer noch einige helvetiſche Kindsköpfe glauben.

Die wahre Stimmung der Bevölkerung wird durch den Erfolg der *Unterſchriftenſammlung der Frauenliga* gekennzeichnet. Es dürften ſchon jetzt etwa 100 000 Unterſchriften beieinander ſein. Ganze Dörfer unterzeichnen faſt einſtimmig. Von allen Seiten werden die Unterſchriftenbogen verlangt. Kein Wunder, daß die Angſt und Wut und auch die Gemeinheit unſeres journaliſtiſchen Militärklüngels entſprechend wachſen. Die Mittelpreſſe arbeitet mit Hochdruck. Der Kommuniſtenpopanz muß gegen die Frauenliga herhalten. Die allermeiſten bürgerlichen Blätter bleiben für ihren Aufruf und auch ihre Abwehr von Verleumdung geſperrt. Schweizerfreiheit — Preſſefreiheit! Und trotzdem ſchon 100 000 Stimmen. Auf die Länge ſchützt ſelbſt dieſer Lügenwall aus Zeitungspapier die Götzen unſerer Tage nicht mehr.

Die Wälle brechen überhaupt. Ein deutſcher Sozialdemokrat, *Hausmann,* hat ſich offen zum Recht der ſogenannten Drückebergerei im Kriege bekannt. Draufhin Maßregelung (wenn ich nicht irre) oder doch Androhung einer ſolchen, aber nun ſtehen pazifiſtiſche Kreiſe ganz offen auch dafür ein. Edler iſt natürlich die Dienſtverweigerung. Größtes Aufſehen hat Jahre hindurch der Fall unſeres Freundes *Premysl Pitter* gemacht. Darüber erhalten wir folgende Mitteilung:

„Vor dem Oberſten Gerichtshof in Brünn kam heute die Berufung des Pazifiſten Premysl Pitter gegen ſeine Verurteilung zur Verhandlung. Der Tatbeſtand iſt kurz folgender:

Bei einer von der Polizei vorgenommenen Hausdurchſuchung wurde bei ihm die Kopie eines Briefes an Pavla Moudrá vorgefunden, ſowie die Ueberſetzung eines Reſolutionsentwurfes gegen die militäriſche und vormilitäriſche Erziehung,

die jenem Briefe beigegeben war. In dieser Resolution war die Stelle enthalten: „Brante se vychove k umeni zabijet!“ (Wehrt euch gegen die Erziehung in der Kunst zu töten!) Auf Grund dieses Tatbestandes wurde Premysl Pitter mit Urteil des Kreisgerichtes in Strafsachen vom 5. 12. 1929 des Verbrechens der nicht vollbrachten Verleitung zum Verbrechen nach § 15 des Schutzgesetzes (Aufreizen zum massenweisen Begehen eines Vergehens nach dem Wehrgesetz) schuldig erkannt und zu zwei Monaten Kerker verurteilt.

Gegen das Urteil hat Premysl Pitter die Nichtigkeitsbeschwerde eingebracht, über welche heute das Oberste Gericht in Brünn verhandelte. Die Nichtigkeitsbeschwerde des Angeklagten wurde verworfen. In der mündlichen Verhandlung wurde vom Verteidiger ein neuer Nichtigkeitsgrund geltend gemacht. Der Vertreter der Generalprokuratur erklärte, daß er sich den Ausführungen des Verteidigers hinsichtlich dieses Nichtigkeitsgrundes anschließt und ebenfalls die Aufhebung des Urteils I. Instanz beantragt. Trotzdem hat das Oberste Gericht gegen den Generalprokurator die Nichtigkeitsbeschwerde verworfen, wodurch das Urteil Rechtskraft erlangt.

Premysl Pitter wurde von Dr. Heinr. *Groag* in Brünn verteidigt.

Durch diese Verurteilung wird die Amnestie, welche Premysl Pitter bezüglich einer früheren Verurteilung genoß, hinfällig. Weil er Dienstverweigerern aus Gewissensgründen im Gefängnis Briefe geschrieben hatte, wurde er auf Grund dieser Briefe angeklagt, zum Beharren im verbrecherischen Handeln ermutigt zu haben und deshalb zu drei Monaten verurteilt.

Premysl Pitter wird also eine Strafe von *fünf Monaten* Kerker abzubüßen haben.“

Zu den Stimmen dieser „Schwachen“ kommt die eines „Starken“. Präsident *Hoover* hat neuerdings wieder in einer großen Rede dringend zur Abrüstung aufgefordert. Er darf es, denn er ist selbst in dieser Sache stets mit dem guten Beispiel vorangegangen und hat den Quäker nicht verleugnet. 25 Milliarden geben nach ihm die Völker der Erde jährlich für die Kriegsrüstungen aus. Man bedenke: 25 Milliarden jährlich! Das sind in zehn Jahren 250 Milliarden, wohl mehr als doppelt so viel als alle Kriegsschulden und Reparationen im Gegenwartswert! Hoover hat besonders die *Kaufleute* aufgefordert, sich dieser Sache anzunehmen. Mit Recht. Sie haben Grund dafür. Was wird aber die „Neue Zürcher Zeitung“ dazu sagen — nämlich für die Schweiz?

4. Soziales und Sozialistisches.

Die soziale Gärung und Katastrophenatmosphäre nimmt nur immer zu, besonders in Mitteleuropa. Ihr deutlichster Ausdruck, die *Arbeitslosigkeit,* nimmt nicht einmal so weit ab, als es die „Saison“ erwarten ließe. Man rechnet in Deutschland auch für den nächsten Winter mit fünf Millionen Erwerbslosen. Man rechnet...! Vielleicht ist im nächsten Winter dann schon nichts mehr zum Rechnen! Ob die sogenannte Vierzigstundenwoche, welche es ermöglichen soll, eine größere Zahl von Arbeitern einzustellen, wirklich durchgesetzt werden kann, bleibt abzuwarten. Aussehen tut sie allerdings wie ein Anfang von „Planwirtschaft“. Das *Internationale Arbeitsamt* schlägt nach langem Studium zur Abhilfe zweierlei vor, eine internationale Arbeitsbörse zur Vermittlung von Arbeit und große internationale Werke: Autostraßen, Kraftlinien, Kanäle und so fort. Es scheint darüber niemand sonderlich erbaut zu sein, ob mit Recht oder mit Unrecht entzieht sich unserm Urteil.

Inzwischen geht der *Lohnabbau* vorwärts. In Deutschland soll er nächstens die Beamten erfassen. Von denen der Reichsbahn, natürlich nur die oberen, werden Riesengehälter berichtet. Der *Preisabbau* hat, wie zu erwarten war, wenig erreicht. Dagegen wollen die Bäckermeister in der Zeit des Getreideüberflusses mit dem Brotpreis in die Höhe! Schrecklich ist die Lage der *Landwirtschaft* in Deutschland und andern Ländern. Man will dort mit Roggen- und Weizenzöllen von unsinniger Höhe und mit riesigen Subventionen helfen, aber ob es wirklich hilft?

All den ungeheuren politiſchen und wirtſchaftlichen Problemen der Zeit gegenüber verharrt der nichtkommuniſtiſche Sozialismus in einer gewiſſen unſchöpferiſchen Stagnation, während der kommuniſtiſche, auf ſeine Weiſe allerdings, aktiv genug iſt. Man beſchränkt ſich faſt ganz auf die Abwehr und den üblichen Parteibetrieb; eigene Initiative und eigene, dem Sozialismus entſprungene Löſungen, eigene geſtaltende Gedanken treten kaum hervor. Die Reſolution der Exekutive der Zweiten Internationale in Sachen der Zollunion iſt ſo nichtsſagend und doppeldeutig, wie ein Sozialismus ſein muß, der, weil der in dieſen Dingen keine konkreten und organiſchen Ziele hat, in kritiſchen Situationen entweder leer daſteht oder den Parolen des Nationalismus und Imperialismus verfällt. Ob die engliſche Arbeiterregierung in dieſem Falle einen eigenen und wirklich ſozialiſtiſchen Weg geht, bleibt abzuwarten. Henderſon kann natürlich nicht immer, was er will. Unbehagen über dieſe Sachlage gibt es innerhalb des Sozialismus genug, aber es wird nicht aktiv oder wird zum Abfall nach rechts oder links. Bedeutſam iſt, daß faſt überall der Grad des ſozialiſtiſchen *Antimilitarismus* auch den Grad der ſozialiſtiſchen *Lebendigkeit* überhaupt angibt. In *Holland* bedeutet dies etwas Poſitives. Wir haben ſchon darüber berichtet, bis zu welchem Grade des antimilitariſtiſchen Radikalismus dort die Sozialdemokratie ſich entwickelt hat. Auf ihrem letzten Parteitag wollte eine bis nahe an die Mehrheit reichende Minderheit ſich dem Vorgehen der engliſchen Unabhängigen Arbeiterpartei anſchließen, über welches die letzte Monatsſchau berichtet. Für den ſozialiſtiſchen Parteitag in *Frankreich* ſchlägt Profeſſor Philipp in Lyon, neben Paſſy der Führer des religiöſen Sozialismus in Frankreich, eine ſcharfe antimilitariſtiſche Haltung vor. Die *Steuer* auf den *Grundbeſitz*, die Snowden in ſein Budget eingefügt hat, iſt jedenfalls ein energiſcher Verſuch. Daneben gibt es immer wieder Wahlerfolge. So iſt *Stockholm* erobert worden. Daß aber eine Stadt wie Berlin ein rieſiges Gas- und Elektrizitätswerk einer privaten Geſellſchaft verkaufen muß, unter der Bedingung freilich, daß ſie 40 Prozent vom Gewinn erhalte, iſt auch eine ſtarke Niederlage des Sozialismus. „Sozialismus, erwache!"

5. Schweizeriſches.

Bundesrat *Muſy*, der Führer der rein politiſchen und politiſierten, mit dem Großkapitalismus verbundenen Richtung und Gruppierung im ſchweizeriſchen Katholizismus, gibt ſich von Zeit zu Zeit als Staatsmann, Denker und beinahe Schöngeiſt. So hielt er neuerdings in Zürich eine ein bißchen ſenſationell aufgemachte Rede, worin er u. a. als erwünſchte und auch tatſächliche Entwicklung der Schweiz eine „konſervative und kapitaliſtiſche Demokratie" bezeichnete. Man vergleiche dazu die Aeußerungen von Führern des katholiſchen Lebens, ja des Papſtes ſelbſt, die wir im Laufe der letzten Jahre gebracht haben und beſonders auch die des Jeſuitenpaters in dieſem Heft. Es iſt vielleicht bald der Tag da, wo für dieſe „konſervativen und kapitaliſtiſchen" Katholiken niemand eine größere Verlegenheit ſein wird, als der Papſt! Inzwiſchen iſt mir jedes freidenkeriſche Wüſttun lieber als das Bündnis von Geldſack und Weihwaſſergefäß!

Der Parteitag der *freiſinnigen Partei* hat als Novum die *eidgenöſſiſche Geſetzinitiative* auf das Programm genommen. Das wäre etwas, wenn man's wirklich ernſt meinte. (Wir haben bis jetzt auf dem eidgenöſſiſchen Boden ja nur die Verfaſſungsinitiative.) Wirklich lebendig ſcheint es auf der Tagung der *„liberalen Jugend"* in Flüelen zugegangen zu ſein. Hier wurde wirklich mit aktuellen Problemen gerungen, vor allem mit dem der Demokratie. Daß man dieſe, nach den Zeitungsberichten, ohne Wanken feſthalten will, wenn auch vielleicht in einer gewiſſen Verbindung mit dem „Korporationsſtaat" (was an ſich gar kein falſcher Gedanke iſt), mag als gutes Zeichen gewertet werden. Dieſes Erwachen könnte einem in Parteiſattheit und Strebertum ſteril gewordenen Sozialismus eines Tages noch zu ſchaffen machen.

Bis nach *Neuchâtel* hat freilich das bürgerliche Erwachen noch nicht gereicht. Dort iſt es gelungen, den Genoſſen *Paul Graber*, einer der beſten Führer des ſchweizeriſchen Sozialismus, vom Regierungsrat fernzuhalten, trotzdem alle bür-

gerlichen Parteien zusammen gegen seine 13 000 nur 15 000 Stimmen aufbrachten und bisher noch kein Sozialist im Regierungsrat sitzt.

Noch etwas Wichtiges: Die Schweiz sucht eine neue *Nationalhymne* und hat trotz einer Ausschreibung keine gefunden. Ich möchte den Herren raten, zuerst eine — *Schweiz* zu suchen.

Auf die soziale Schichtung der Schweiz wirft die neue *Fabrikstatistik* ein Licht. Es beläuft sich die Gesamtzahl der schweizerischen Industrie-, Handels-, Hotel- und Transportunternehmungen auf 218 000, mit einer Gesamtzahl von 1 260 000 beschäftigten Personen, die Heimarbeiter nicht inbegriffen.

Seit der letzten Betriebszählung im Jahre 1905 stieg die Zahl der beschäftigten Personen um 284 000, während gleichzeitig diejenige der Unternehmungen um 9000 sank. In der Industrie ist die Abnahme der Unternehmungen noch viel ausgesprochener: 20 000 weniger als 1905. Sie wird jedoch aufgehoben durch die Zunahme der Zahl der Handelsunternehmen.

Die Zahl der in Industrie und Gerwerbe beschäftigten Personen stieg von 640 000 auf 810 000 und diejenige der im Handel tätigen von 221 000 auf 319 000. Der Großhandel umfaßt heute 10 000 Unternehmen mit 48 000 Personen.

Daraus ergibt sich, daß die Hotelindustrie mit ihren 28 000 Unternehmen und 120 000 Angestellten in der Schweiz nicht diejenige überragende Rolle spielt, wie man dies oft anzunehmen geneigt ist. Nichtsdestoweniger bleibt sie ein wichtiger Faktor der Volkswirtschaft.

Aus der genannten Statistik geht auch einmal mehr die Bedeutung der industriellen Konzentrationsbewegung hervor, die in der Schweiz wie andernorts in Erscheinung tritt. Man zählt in der Schweiz 126 Unternehmen mit über 500 Personen. Zusammengenommen beschäftigen sie 133 000 Personen, oder 11 Prozent der Gesamtheit; 144 Unternehmen beschäftigen 200—500 Personen, zusammen 122 000 Personen, so daß also der fünfte Teil aller in der Industrie oder im Handel beschäftigten Personen in Unternehmungen von über 200 Personen arbeiten.

Die in den verschiedenen industriellen Unternehmungen verwendeten Motorenkräfte machen über 900 000 PS aus. Das Gewerbe wird immer mehr motorisiert, und in den letzten Jahren fanden immer mehr kleine elektrische Motoren und kombinierte Maschinen Verwendung.

6. *Kultur und Natur.*

Der Fall *Kürten* hat inzwischen seinen Abschluß gefunden. Er ist nur immer grauenhafter geworden. Nun handelt es sich darum, ob das neunfache Todesurteil vollzogen werden soll oder nicht. In Erwartung des neuen Strafrechtes hat scheint's der preußische Justizminister in den letzten Jahren keine Todesurteile mehr vollstrecken lassen. Nun ist freilich der Fall Kürten einer von denen, wo man die volkstümliche Empfindung: „Fort mit einem solchen Scheusal vom Angesicht der Erde!" — besonders gut begreifen kann. Trotzdem — es gilt auch hier, fest zu bleiben. Man darf auch hier in den alle Menschlichkeit vor dem Untergang schützenden Damm, der da heißt: „Heiligkeit des Lebens", keine Bresche schlagen. Gerade diese Heiligkeit des Lebens, gegen die dieser Mensch (oder Unmensch), vom Teufel beherrscht, sich so schwer versündigt hat, wird durch die Todesstrafe, so wie wir sie heute empfinden müssen, erst recht verletzt.

Es scheint mir überhaupt eine Bemerkung am Platze, da ich in all den Kommentaren zu den Fällen leider umsonst gesucht habe: Darf man in einer Zeit, welche diese Heiligkeit des Lebens von dessen heiliger Quelle an bis zu seinem irdischen Ende auf jede Weise mißachtet und mit Füßen tritt, sich verwundern, wenn das schließlich zu Konsequenzen führt, wie sie in Kürten hervortreten? Diese Bemerkung gilt auch jenen „Modernen", die sich für Kürten gegen die „Pharisäer" einsetzen! Im besonderen darf und muß an den Zusammenhang einer solchen Erscheinung mit Krieg und Militär gedacht werden. Im übrigen sei an das Buch von *Kambli:* „Die Heiligkeit des Lebens" erinnert.

Die Heiligkeit des Lebens ist natürlich nur ein Teil der Heiligkeit des *Men-*

ſchen überhaupt. In *Deutſchland* gibt der Fall *Bullerjahn* viel zu reden. Es handelt ſich um einen wegen Verrates militäriſcher Geheimniſſe ſeit Jahren im Gefängnis Schmachtenden, an dem wahrſcheinlich, auf Denunziation eines mächtigen, ſelbſt ſehr fragwürdigen Herrn hin, ein Juſtizverbrechen verübt worden iſt. Der „Kampf ums Recht" hat in einem ſolchen Falle höchſte ſittliche Wichtigkeit. (Darin hat Jakob Waſſermanns „Fall Mauritius" recht.)

Auch die *Natur!* Man kann es ihr nicht verargen, wenn ſie ſich empört. Wieder hat, im *Südkaukaſus*, ein *Erdbeben* 1000 Menſchenleben vernichtet und viele tauſende, dazu entſprechende Sachgüter, geſchädigt und verwüſtet.

7. *Kirche und Religion.*

Dauernd ſteht *die Aktion der katholiſchen Kirche* im Vordergrund. Für Deutſchland bleibt ihr entſchloſſener Kampf gegen den Nationalſozialismus (den ich nicht „geſchichtsmaterialiſtiſch" oder ſonſt ſo erkläre!) als eine Tatſache da, die umſo bedeutſamer wird, wenn man damit die Haltung des Proteſtantismus vergleicht, deſſen geiſtliche und weltliche Vertreter in Maſſe vom Kreuze Chriſti zum Stahlhelm und Hakenkreuz abfallen — vielleicht, was das Schlimmſte iſt, ſogar im Namen des Kreuzes Chriſti. Das „poſitive Chriſtentum" muß heute von den Religiöſen Sozialiſten und ihren Geſinnungsgenoſſen in den andern Lagern (wozu *teilweiſe* der „Volksdienſt" gehört) gegen die „poſitiven Chriſten" verteidigt werden.

In Italien ſelbſt tobt ein erbitterter Kampf zwiſchen dem im Grunde antifaſchiſtiſchen Papſttum und dem Faſchismus. Dabei handelt es ſich nach der Natur der Dinge um das Thema: „Aut Chriſtus, aut Caeſar" in einer neuen Abwandlung. Der große Fehler der Lateranverträge dürfte inzwiſchen vielen guten Katholiken klar geworden ſein. Anläſſe für den Zuſammenſtoß bilden neuerdings vor allem das Vorgehen des Faſchismus in den von Italien annektierten Teilen von Südſlavien, wo jener ein wahres Schreckensregiment führt, gegen das aber auch der Erzbiſchof von Agram mutig aufgetreten iſt, und in Italien ſelbſt die „Azione cattolica", deren Wirkungskreis vom Faſchismus eingeengt und namentlich von dem Gebiete des ſozialen Lebens, z. B. von jedem Einfluß auf die Gewerkſchaftsbewegung völlig abgedrängt wird. Hier tritt das Papſttum, ſeiner alten Miſſion treu, dem Staatsabſolutismus entgegen. Wenn es ihn nur nicht ſelbſt durch die Lateranverträge ſeinen Tribut erſtattet und damit ſeiner Oppoſition das Rückgrat gebrochen hätte. Es erſcheint auch als inkonſequent, wenn ſich der Vatikan unter Berufung auf jene Lateranverträge über die proteſtantiſche Propaganda beklagt. Man kann nicht den Faſchismus gleichzeitig bekämpfen und benutzen. Aber der Streit will jedenfalls nicht aufhören. Der Faſchismus will ein „regime totalitario", alſo das, was man früher den abſoluten Staat nannte; er erträgt kein Hineinreden einer andern Macht in weltliche Angelegenheiten. Der Papſt erwidert: „Was das totalitäre Regime des Staates betrifft, ſo muß es in dem Sinne verſtanden werden, daß die Totalität der Bürger vom Staate in dem abhangen muß, was des Staates iſt. Ohne Zweifel muß man ihm einen *ſubjektiven* Totalitarismus zubilligen, aber nicht einen *objektiven*, in dem Sinne, daß alle Bürger von ihm auch in dem abhängig wären, was das individuelle, familiäre, geiſtige, übernatürliche Leben betrifft. Das übernatürliche Leben iſt durch Jeſus Chriſtus der Kirche, nur allein der Kirche, anvertraut worden."

Daß dieſer Konflikt zwiſchen den beiden Mächten in Italien ſich auf die ganze Chriſtenheit erſtrecken muß, iſt klar. Jedenfalls iſt ſo die katholiſche Kirche auf ihre Art, wie oft ſchon, ein Schutzwall gegen Abſolutismus („Totalitarismus") des Staates, des Blutes, der bloßen Natur.

In dem Kampfe, den die tapfere Zeitſchrift „Das frohe Leben" unternommen hat, um den Katholizismus, die „katholiſche Aktion" inbegriffen, von aller politiſchen Parteipolitik zu trennen, hat der Vatikan gegen es für das Zentrum als angemeſſenes Organ der katholiſchen Politik entſchieden — was ſicher nicht definitiv ſein kann.

Fortdauernd ebenſo erſtaunlich wie erfreulich iſt dagegen eine gewiſſe Haltung hochgeſtellter und lebendiger katholiſcher Kreiſe dem *ſozialiſtiſchen Problem* gegenüber. Das kann man ſchon im Kleinen beobachten. So hat bei einem Arbeitskonflikt in Bütſchwil im Toggenburg (St. Gallen) für eine muſterhafte Haltung der katholiſchen Arbeiterſchaft und ihrer Leitung zweifellos die Parole des Biſchofs Scheiwiller von St. Gallen den Ausſchlag gegeben. Und nun vergleiche man die in dieſem Heft wiedergegebene Predigt, welche der ſehr bekannte Jeſuitenpater *Georg Bichlmair* am 26. April dieſes Jahres, alſo kurz vor dem 1. Mai, in der Kirche Am Hof in Wien gehalten hat. Iſt das nicht ein Bekenntnis zum Sozialismus? Man beachte auch den Hinweis auf die in Bälde zu erwartende Enzyklika des Papſtes über Kapitalismus und Sozialismus. Sie kann ein großes, vielleicht entſcheidendes Ereignis ſein.

Und nun ſehe ich zum Schluſſe, daß ich, ohne es zu beabſichtigen, eine *Pfingſtbetrachtung* geſchrieben habe. Denn drängt ſich bei der Betrachtung der heutigen Weltlage mit all ihren Problemen, Nöten und Verwirrungen nicht der Gedanke auf: „Ach, wenn ein Hauch *Heiligen* Geiſtes in all dieſes Weſen führe, jenes Geiſtes, der über Gandhi und Irwin war, als ſie tagelang miteinander über Indien verhandelten — ach, daß er hineinwehte, dieſer Hauch! Wie würde ſich die Welt ſofort verwandeln!"

Am Tage vor dem Königsfeſt Chriſti 1931. L. R.

Hungersnot in China. (Mitgeteilt.)

Die Europäiſche Zentralſtelle für kirchliche Hilfsaktionen, Genf, erhielt unter dem 26. September vom National Chriſtian Council in Shanghai, der Uebermittelungsſtelle für Amerika und Europa, einen Bericht der engliſchen Baptiſten-Miſſion in Sianfu/Shenſi, ebenſo von der ſkandinaviſchen Miſſion in Siam, ebenfalls in der Provinz Shenſi. Beide Berichte ſind datiert von Ende Auguſt und zeigen, daß die Hungersnot nicht nur nicht vorüber iſt, ſondern daß neue, ſchwere Befürchtungen für den Winter beſtehen. Die Baptiſten-Miſſion in Sianfu teilt mit, daß ſich die Unterſuchung bisher auf 15 der 45 Diſtrikte in Zentral-Shenſi erſtreckt, und daß in dieſem Gebiete, in dem heute von zwei Millionen Menſchen noch eine Million leben, gegenwärtig 700 000 vom Hungertode bedroht ſind. Die Ausſichten auf die Herbſternte ſind durch Trockenheit und Heuſchrecken vernichtet worden. Jüngſt gefallener Regen erlaubt die Ausſaat von Buchweizen, aber man fürchtet, daß die Heuſchrecken die Saat zerſtören werden.

Es wird alſo Hilfe geſucht, um 700 000 Menſchen während acht Monaten vor dem Hungertode zu bewahren. Das kann mit einem Dollar pro Kopf und pro Monat geſchehen. Der Bericht gibt die möglichen Vermittlungsſtellen an, die im Hungergebiete ſelbſt arbeiten und Hilfe direkt verteilen können, nämlich: die Skandinaviſche Miſſion, die engliſche Baptiſten-Miſſion, die römiſch-katholiſche Miſſion und das Internationale Hilfskomitee in Shenſi. Die mögliche Hilfe, die von dieſen Stellen ausgehen kann, wird auf 3 350 000.— Dollar geſchätzt.

Der Bericht beruht auf perſönlichen Eindrücken, die Mr. Baker im Auftrage der Hilfsſtellen auf einer Reiſe durch das Hungergebiet geſammelt hat. Wie ſchrecklich die Heuſchrecken unter der neuen Herbſternte wüten, zeigt folgendes Beiſpiel: An einem Morgen ſah er auf einer Reiſe von Sanyuan aus Maisfelder, die mannshoch ſtanden. Als er am Abend zurückkam, waren ſie bis auf zwei Fuß über dem Erdboden von den Heuſchrecken abgefreſſen. Der Eindruck der Bevölkerung, die mit Fahnen die Heuſchrecken in Bewegung zu ſetzen verſucht, war erſchütternd.

Der ſkandinaviſche Bericht beruht auf einer Informationsreiſe des Agenten Vatſaas. Er ſagt mit nüchternen Worten, daß die Hälfte der jetzt im Hungergebiete lebenden Bevölkerung in dieſem Winter ſterben oder auswandern muß. Beſonders hat betroffen ſind folgende Gebiete: Ch'ang Au, Hſienyang, Hſingping, Fufeng, Wukung, Kiſhan, Lungchow, Lichuan, Chingyang, Sanyuan, Kaoling, Pucheng, N. Weinan, N. Lintung, Kienyang. Zwar iſt kürzlich Regen gefallen, aber auch nach dieſem Bericht freſſen die Heuſchrecken die wachſende Saat zu-

ſehends bis auf den Grund, ſo daß keine Hoffnung beſteht; zudem haben Regengüſſe das Land verwüſtet. Die einzige Hoffnung ſieht der Berichterſtatter in der Anpflanzung von Buchweizen, aber woher ſoll die Saat kommen und wie viele Bauern können ſie ſich verſchaffen, frägt Herr Vatſaas. Keine frühere Hungersnot iſt mit der jetzigen vergleichbar. Nach dieſem Bericht iſt die Verteilung von Hilfe durchaus möglich. Auch iſt es möglich, durch die Durchführung öffentlicher und gewinnbringender Arbeiten Kapital anzulegen.

Das National Chriſtian Council garantiert die Vertrauenswürdigkeit dieſer beiden Zeugen, die beide Erfahrung haben, und ſchreibt zum Schluß: Es beſteht kein Zweifel, daß ſich Shenſi ſeit 1927 in einer ganz furchtbaren Lage befindet, und daß das Schlimmſte noch bevorſteht.

Die Europäiſche Zentralſtelle ſteht durch Prof. D. Adolf Keller gegenwärtig mit verſchiedenen chineſiſchen Geſchäftsträgern in Europa in Verbindung, und es hängt augenblicklich nur von der Bereitſchaft der chineſiſchen Regierung ab, ob auch in Europa ein allgemeines gemiſchtes Hilfskomitee gebildet werden kann, das mit den bereits beſtehenden Hilfsorganiſationen zuſammenwirken und dieſes ganze furchtbare Menſchheitsproblem ſtudieren wird.

Anm. d .Red. Die „Neuen Wege" nehmen Gaben für China ſtets gern in Empfang und leiten ſie an ſichere Stellen in China weiter.

Das Poſtulat Rochaix.

Nun hat man das *Poſtulat Rochaix* zum Gegenſtand einer Petition gemacht, für welche in der ganzen Schweiz Unterſchriften geſammelt werden. Nationalrat Rochaix verlangt bekanntlich, daß die Bundesverſammlung, um zu beweiſen, daß die Schweiz doch auch etwas zur Abrüſtungsbewegung beitragen wolle, für das Jahr 1932 auf die militäriſchen Manöver und Wiederholungskurſe verzichte und die dadurch erſparten drei Millionen zur Vorbereitung der Abrüſtungskonferenz benütze.

Dieſe Anregung eines überzeugten Gegners des Militarismus iſt an ſich gewiß aller Unterſtützung wert. Es iſt nur fatal, daß ſie nun der ſo viel wichtigeren Aktion der Frauenliga in die Quere kommt und daß damit Verwirrung erzeugt wird. Auch beſteht natürlich nicht die geringſte Ausſicht, daß die Bundesverſammlung einer ſolchen Petition irgend eine Aufmerkſamkeit ſchenken wird. Und fraglich iſt doch auch, ob es richtig iſt, ſo viel Kraft auf eine Sache zu verwenden, die, ſo ſchön ſie als Gebärde wäre, an ſich nicht viel bedeutete. Man ſollte ſich jetzt vielleicht doch auf das Große und Weſentliche konzentrieren, wie es die Unterſchriftenſammlung der Frauenliga tut. Etwas mehr „concentration et coordination des forces pacifistes" täte dringend not.

Die Gemeinde der Abgeſchiedenen.

Wieder iſt einer aus unſerem Kreiſe geſchieden, deſſen Andenken uns beſonders heilig ſein muß. Im Alter von 78 Jahren iſt unter verehrter und lieber Freund *Wilhelm Wehrli-Enz* von dem Aſyl ſeiner letzten Jahre, das er in Thayngen gefunden hatte, in die höhere Welt eingegangen, der er ſchon hinieden mit ſeinem ganzen Weſen angehörte. Ein Schüler Wehrlis, jenes wunderbaren Erziehers armer Jugend, auf dem noch unmittelbar Peſtalozzis Geiſt ruhte, iſt er ein Waiſenvater in dieſem Geiſte geweſen, darin von ſeiner geiſtesverwandten Gattin, die ihm vor kurzem vorausgegangen iſt, treu und wirkſam unterſtützt. Beide ſind ſie dann unter den Einfluß von Möttlingen und Boll gekommen und haben darin die Sonne ihres Lebens gefunden. Die Hoffnung auf das Reich verlieh ihrem Gemüte zu der großen Liebe noch die große Freiheit und dazu die Jugendlichkeit des Geiſtes bis zuletzt. Bis zuletzt nahm der Verewigte an allem Teil, was in der weiten Gotteswelt auf dieſes Ziel hinwies. Sein letztes Billet an uns bezog ſich auf die Petition der Frauenliga für die Abrüſtung. Seinen Glauben hat er in einem vorbildlichen Kampf mit einem ſchweren, vieljährigen, das Leben furchtbar hemmenden Leiden (einer faſt vollſtändigen Taubheit) bewährt,